

Hohenstein-Ernstthal

Amtsblatt



Anzeiger

Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermisdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falten, Reichenbach, Callenberg, Langenschürsdorf, Grumbach, Tirschnitz, Kutschbach, Wilsdorf, Grünau, Mittelbach, Ursprung, Ströberg, Lugau, Erlbach, Pleißa, Ruchdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus.

Fernsprecher Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 216.

Geschäftsstelle Schulstraße Nr. 31

Mittwoch, 17. September 1913.

Brief- und Telegramm-Adresse: Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

63. Jahrg.

In den Balkanländern einschließlich Rumänien hat die Cholera nach Beendigung des Krieges eine so erhebliche Ausbreitung genommen, daß dem Verkehr aus diesen Ländern eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Das Ministerium des Innern hält es für geboten, nach § 13 des Seuchengesetzes vom 30. Juni 1900 (Reichsgesetzblatt Seite 306) in Verbindung mit Ziffer 1 unter I der Ausführungsbestimmungen hierzu vom 21. Februar 1904 (Reichsgesetzblatt Seite 67) und § 8 der Anweisung zur Bekämpfung der Cholera folgendes zu vordrucken:

Jede in einen Gemeinde- oder Gutsbezirk zureisende Person, die unmittelbar oder in unterbrochener Fahrt aus einem der obgenannten Länder kommt und nicht nachweisen kann, daß sie mehr als 5 Tage vor ihrem Eintreffen diese Länder verlassen hat, ist binnen 12 Stunden nach ihrer Ankunft der Ortspolizeibehörde oder, wenn der Gutsbesitzer meldepflichtig ist, der Amtshauptmannschaft mündlich oder schriftlich zu melden.

Die Anmeldung liegt dem Zureisenden oder seinem gesetzlichen Vertreter, außerdem aber auch den Inhabern oder Bewertern von Gastwirtschaften, Pensionen oder dergleichen, den Haushaltungsvorständen und Arbeitgeberern ob, bei welchen von dem Zureisenden Wohnung oder Arbeit genommen wird.

Jede zu meldende Person ist bis zum Ablauf von fünf Tagen seit ihrem Austritt aus einem der oben genannten Länder, soweit dieser Zeitpunkt nachweisbar ist, sonst seit ihrer Ankunft in dem betreffenden sächsischen Gemeinde- oder Gutsbezirk, der ärztlichen Beobachtung zu unterwerfen.

Zwischenhandlungen gegen vorstehende Verordnung oder die über die ärztliche Beobachtung etwa zu treffenden polizeilichen Anordnungen werden nach §§ 45 Ziffer 4 und 46 Ziffer 2 des Seuchengesetzes mit Geldstrafe bis 150 M. oder mit Haft bestraft.

Dresden, am 10. September 1913.

Ministerium des Innern.

Auk- und Brennholz-Versteigerung auf Oberwaldenburger Revier.

Im Hotel „Gewerbehau“ in Hohenstein-Er. sollen

Donnerstag, den 18. September 1913, von Vormittag 9 Uhr ab

ca. 5 Rm. Na.-Brennscheite, 7 Rm. L. und 141 Rm. Na.-Brennrollen, sowie 525 Rm. L. und Na.-Brennstäbe (Schwache Rollen) und 0,60 Wldt. Na.-Reißig, sowie

Freitag, den 19. September 1913, von Vormittag 9 Uhr ab

ca. 2884 Stck Na.-Röhre 8/12 cm, 86 Stck 13/15 cm, 20 Stck 16/22 cm und 1 Stck 23/29 cm Oberstärke und 1,800 Stangen 5/6 cm, 3,900 7/9 cm und 1,500 10/12 cm Unterstärke, aufbereitet in den Abt. 1 bis 8, 33, 35, 38, 39 und 41, unter den üblichen Bedingungen meistbietend versteigert werden.

Fürstliche Forstverwaltung Oberwald.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Delegiertentag des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist in Leipzig zusammengetreten; der Festzug am Montag abend in Leipziger Rathaus wohnte der König bei.

Die Bundesregierung beabsichtigt, energische Schritte zur Einschränkung des Waffenhandels zu unternehmen.

Der sozialdemokratische Parteitag begann gestern nach dem Referat des Abgeordneten Scheidemann mit der Besprechung des Rechenschaftsberichts.

Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg fuhr gestern im Luftschiff „Sachsen“ von Eisenberg nach Leipzig.

Bei der Abgrenzung des deutsch-französischen Kongos haben sich in der Frage der sogenannten Fühlhörner Schwierigkeiten herausgestellt.

Die belgische Regierung beabsichtigt die Schaffung einer Kriegsflotte.

Die Worte erklärte offiziell, die Unabhängigkeitsbewegung der Bevölkerung in Gumbischina nicht unterstützen zu können.

Vor 100 Jahren.

17. September 1813.

In der Gegend von Kulm kommt es zu mehreren, zum Teil recht heftigen und blutigen Gefechten in denen durchweg die Verbündeten den größeren Erfolg haben. Am Morgen hinderte dichter Nebel, irgend eine feindliche Bewegung zu erkennen. Erst gegen Mittag begannen die Franzosen, einen Versuch unterhalb Nollendorf anzugehen, doch hielten zwei preußische Bataillone und ein russisches Jägerregiment bis 3 Uhr stand und gingen dann langsam auf die Hauptstellung bei Kulm zurück. Hier stellten sich zwei Divisionen unter Eugen von Württemberg dem nachrückenden Feind entgegen, der mit besonderem Nachdruck den verbündeten linken Flügel bedrängte. Zugleich setzte Napoleon starke Kolonnen zu einer Umgehung der feindlichen rechten Flanke in Bewegung. General Colloredo, der auf diesem

Flügel die Führung über die Verbündeten hatte, bemerkte rechtzeitig die drohende Umgehung und verabredete mit dem linken Flügel einen gleichzeitigen überraschenden Gegenstoß. Es gelang, die Franzosen, die sich mit großer Tapferkeit schlugen, aus den von ihnen besetzten Dörfern herauszuwerfen. Sieben Geschütze, ein Adler, 2000 Gefangene wurden von den Verbündeten gewonnen.

Auf dem äußersten linken Flügel der böhmisches Armee gelangt mühelos ein fühner Schlag. Eine über Klostergrab hinaus vorgeschobene Abteilung unter General v. Scheitler überfällt in der Nacht Freiberg und hebt die gesamte Befestigung auf. 20 Offiziere, 400 Mann, 288 Kanonen, dazu der General Bruno, fallen den Österreichern in die Hände. Sie selbst haben dabei nur einen Verlust von vier Mann.

Zentralverband Deutscher Industrieller.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller trat am gestrigen Montag in Leipzig im großen Kongressaal der Internationalen Bauausstellung zu seiner diesjährigen Delegiertenversammlung zusammen, zu der sich Industrielle aus ganz Deutschland eingefunden hatten.

Der Vorsitzende des Zentralverbandes Landrat a. D. Rötger-Verlin eröffnete die Verhandlungen und riefte sofort das kürzlich abgeschlossene Kartell der drei großen wirtschaftlichen Verbände in den Mittelpunkt seiner Ausführungen: In den letzten Wochen ist eine wunderliche Presseheer über den Zentralverband Deutscher Industrieller dahingegangen, und zwar aus Anlaß von Ausführungen, die unser Geschäftsführer Dr. Schweighoffer am 24. August auf dem Reichsdeutschen Mittelstandstage über die Interessenlosigkeit der Erwerbsstände in voller Uebereinstimmung mit dem Direktorium des Zentralverbandes gemacht hat. Die demokratische Presse und ihre Schrittmacher konnten sich nicht genug entriisten über etwas, was doch eigentlich selbst-

verständlich ist, nämlich, daß im Erwerbsleben stehende Männer ihre Interessen gegen jedermann zu vertreten gewillt sind, auch gegen eine Reichstagsmehrheit, die durch ihr Verhalten die Vermutung hat aufkommen lassen, daß sie wichtige Interessen des Volkes zumühten läßt hinter Parteinteressen. Wir können auf all die Mißdeutungen der demokratischen Presse nicht eingehen. Ich begnüge mich zu betonen, daß auch von nationalliberaler Seite Stimmen erklingen, die die begründete Hoffnung aufkommen lassen, daß von allen bürgerlichen Parteien der Frage der Autorität des Arbeitgebers gebührend Rechnung getragen werden wird, was bisher nur von der Rechten geschehen ist. Ein wirtschaftlicher Verein wie der untre darf sich nicht in die Gesellschaft einer Partei drängen lassen, sondern muß seine Selbständigkeit wahren. Diesen Grundsatz hat das Direktorium des Zentralverbandes stets befolgt und sich dadurch den Dank der Industrie verdient. Wir haben vor 4 Jahren Kritik geübt an der Haltung der Rechten und üben jetzt Kritik an der Haltung der Linken. Wir verteidigen unsere Interessen gegen jedermann. Diesem Grundsatz wird Ihr Direktorium stets bleiben zum Besten von Deutschlands Industrie und des deutschen Vaterlandes überhaupt. (Lebh. Beifall.)

Alsdann nahm das Wort zu dem Geschäftsbericht der Geschäftsführer des Zentralverbandes Regierungs-Rat a. D. Dr. Schweighoffer-Verlin, der sich im Laufe seiner Ausführungen ebenfalls über das neugegründete Kartell der drei Wirtschaftsverbände ausführlich ausließ: Dem Zentralverband gehören gegenwärtig über 55 000 Industrielle an. Dadurch wird wohl am deutlichsten das Mächtigwerden als unzutreffend erwiesen, daß der Zentralverband nur die sogenannte schwere Industrie vertritt, nicht aber auch die verarbeitende Industrie. Ein Schutz der Arbeitswilligen ist notwendig und es ist bedauerlich, daß die Reichsregierung hierbei versagt. Um so einmütiger müssen wir den Staaten Dank abstatten, die für die Förderung der Industrie eintreten, in erster Linie dem Königreich Sachsen. (Lebh. Beifall.) Auf dem Reichsdeutschen Mittelstandstage habe ich der Meinung Ausdruck gegeben, daß die gleiche Gemeinschaft der Interessen Handwerk und Industrie auch auf anderen Gebieten zusammenzuführen werde. Diese Bemerkung hat zu den schwersten Verdächtigungen gegen den Zentralverband Veranlassung gegeben. Da der Bund der Landwirte ähnliche Gedanken ausgesprochen hat, habe ich ihn in diese Gemeinschaft miteinbegreifen und deshalb ist der Zentralverband ein Basal des Bundes der Landwirte genannt, und es ist gesagt worden, er wolle den lüdenlosen Zolttarif propagieren u. a. m. Diese ganzen Verdächtigungen sind derart haltlos und zeigen einen solchen Mangel an Ehrlichkeit, daß sie eigentlich jenseits der Grenzen jeder Diskussion stehen. Leider hat aber auch ein großer Verband sich an ihnen beteiligt. Auf dem 2. Westdeutschen Mittelstandstage in Essen am 18. Mai ist von Vertretern der Handelskammer Essen und von Vertretern des Zentralverbandes zuerst auf die Gemeinschaft der Interessen von Industrie und Handwerk hingewiesen worden. Im Juli hat dann eine Besprechung zwischen Vertretern des Reichsdeutschen Mittelstandstages und unserer Geschäftsführung stattgefunden, wozu auf Wunsch des Reichsdeutschen Mittelstandstages auch Vertreter der Landwirtschaft und der Christlichen Bauernvereine zugezogen wurden, um Stellung zu nehmen zu der Frage, inwieweit gemeinsame Interessen vorhanden sind und gehandelt werden könne. Auf dem Verbandstage des Reichsdeutschen Mittelstandes habe ich Gemeinschaft der Lebensinteressen von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft betont und die Notwendigkeit des Zusammenstehens in allen grundsätzlichen Fragen: In der Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaftsfachordnung, in der Einschränkung der sozialpolitischen Gesetzgebung, in der Einschränkung des Streiks und des Boykotts. Wenn man aus der Tatsache, daß Vertreter verschiedener Interessengruppen sich in gleichem Sinne aussprechen, einen Schluß auf eine Verbrüderung zieht und folgern will, der eine Verband sei ein abhängiges Gebilde von dem anderen, so dürfte keine Frage sein über die Abhängig-

keit des Hansabundes und des Bundes der Industriellen von den Sozialisten. (Sehr richtig!) Hat doch auf der 2. Tagung des Hansabundes am 17. November 1912 der bekannte Freihändler und Sozialist Friedrich Naumann Erklärungen abgegeben, wie sie demokratischer und gefährlicher gar nicht gedacht werden können, und er hat den Zusammenschluß aller Vorkämpfer gefordert. (Lebhaftes Hört, hört!) Es ist sehr beklagenswert, daß jede rein wirtschaftliche Ziele verfolgende Bewegung bei uns vom Standpunkt engherziger Parteipolitik betrachtet und bekämpft wird. Der Zentralverband weiß so gut wie jeder andere, daß die Industrie mehr als je genötigt ist, ihren Lebensinteressen Geltung zu verschaffen. In den vorliegenden Anträgen wird daher auch gesagt, daß wir einer Erhöhung der Lebensmittelpreise oder einem lüdenlosen Zolttarif nicht zustimmen können. Aber andererseits sind wir uns doch bewußt, daß die starken Wurzeln der Industrie in einer aufnahmefähigen Landwirtschaft liegen, und deshalb werden wir auch in Zukunft bestrebt sein, mit der Landwirtschaft, die wir immer von dem Bund der Landwirte getrennt haben, auf dem Boden einer wechselseitigen Gleichberechtigung getragenen Wirtschaftspolitik zusammenzuarbeiten. Wenn der Zentralverband dieses Ziel auch auf ein Zusammengehen mit dem gemeinlichen Mittelstand ausdehnt, so hofft er, daß weite Kreise dazu ihre Zustimmung geben. Wie notwendig ein solches Zusammenhalten ist, zeigen die Erörterungen in der sozialdemokratischen Presse über den Generalstreik.

Nach einer im Sinne des Berichterstatters sich bewegenden Besprechung wurde einstimmig folgender Antrag angenommen: Aus dem Wortlaut der Ausführungen des Vertreters des Zentralverbandes und des Vertreters des Bundes der Landwirte auf dem Reichsdeutschen Mittelstandstage ergibt sich, daß irgendwelche Abmachungen handelspolitischer oder sonstiger Art nicht getroffen sind. Der Zentralverband hat sich bereits mehrfach dahin ausgesprochen, daß er einer weiteren Erhöhung der schon jetzt von weiten Volksteilen als hoch empfundenen Lebensmittelpreise und einem lüdenlosen Zolttarif nicht zustimmen kann. Andererseits hält der Zentralverband fest an seiner bereits am 6. Februar 1891 abgegebenen Erklärung, daß die ihm vereinigte Industrie keine Vorteile erstrebt, die nur auf Kosten der Landwirtschaft erreicht werden können. Der Zentralverband hält es für seine Pflicht, auf dem Gebiet der Sozialpolitik einzutreten für die Aufrechterhaltung der Autorität des Arbeitgebers und für einen wirksamen Arbeitswillschutz.

Ferner spricht sich der Verband gegen eine Beteiligung der Industrie an der Weltausstellung von San Francisco aus. In einer dritten Entscheidung gibt der Zentralverband im Hinblick auf die diesjährige Internationale Arbeiterkongressferenz in Bern der Erwartung Ausdruck, daß die Verbündeten Regierungen den Anträgen der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz auf Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre sowie auf gesetzliche Einschränkung der Ueberarbeit für Frauen und junge Leute im Alter bis zu 18 Jahren ihre Zustimmung verweigern werden.

Am Nachmittag versammelten sich die Mitglieder des Verbandes zu einer

Festigung im Rathaus.

zu welcher der Rat der Stadt Leipzig eingeladen war und König Friedrich August sein Erscheinen zugesagt hatte. Die königliche Staatsregierung war vertreten durch die Staatsminister Vitzthum v. Eckstädt und Dr. Seydewitz.

Nachdem der König den Festsaal des Rathauses betreten hatte, und die Anwesenden sich zur Begrüßung von den Sitzen erhoben hatten, hielt der Vorsitzende des Zentralverbandes Rötger eine Ansprache. Er dankte dem König für die hohe Ehre, die er dem Verband durch sein Erscheinen erwies hätte. In Sachsen habe sich unter der Regierung weitbildender Fürsten eine Industrie entwickelt, die eine bedeutende Stellung in der Industrie Deutschlands einnehme und der Industrie des Auslandes eine erfolg-